



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 02.05.2014 Seite 17

NZZ_20140502_17.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

«Eigentlich wollen Sie Kirche und Staat trennen»

Für Martin Arnold ist die Kirchensteuerinitiative eine Mogelpackung – Initiant Andri Silberschmidt hält dagegen

«Faire Kirchensteuern» fordern die Jungliberalen. Aber geht es ihnen um eine Steuerentlastung? Oder um die Trennung von Kirche und Staat? SVP-Kantonsrat Martin Arnold und der Präsident der Jungliberalen, Andri Silberschmidt, kreuzen die Klängen.

Herr Silberschmidt, Kirche – was bedeutet das für Sie?

Andri Silberschmidt: Ich bin Mitglied der reformierten Kirche, aber nur ab und zu in der Kirche, bei Hochzeiten

KIRCHENSTEUER FÜR FIRMAN

Kantonale Volksabstimmung vom 18. Mai

oder Beerdigungen. Für gläubige Menschen ist Kirche ein Ort, um Ruhe zu finden. Nicht mehr und nicht weniger.

Und Sie, Herr Arnold?

Martin Arnold: Ich bin katholisch, aber kirchlich nicht sehr engagiert. Kirche ist für mich ein Ort der Einkehr. Und sie bietet Menschen eine Anlaufstelle für Schwierigkeiten, mit denen sie sich an niemanden sonst wenden können.

Aber Kirche ist Privatsache?

Silberschmidt: Ja, Religion ist für mich eine reine Privatsache. Natürlich haben die Landeskirchen eine gewisse gesellschaftliche Bedeutung. Aber sie stehen neben vielen anderen Institutionen.

Arnold: Das sehe ich anders. Die Kirche hat eine wichtige Klammerfunktion in der Gesellschaft. Sie stiftet Zusammenhalt und ist auch Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität.

Silberschmidt: Die Landeskirchen haben allein aufgrund ihrer Grösse eine grössere Bedeutung als andere Institutionen oder Vereine. Aber das schwindet, weil sie laufend Mitglieder verlieren und Kirchen immer kleiner werden.

Die Landeskirchen tragen gemeinnützige Angebote, Altersnachmittage, Kinderhütendienste, Seelsorge, Beratungsstellen. Und das nicht nur für Mitglieder.

Silberschmidt: Ich zweifle daran, dass diese Angebote wirklich so breit genutzt werden. Wer nichts mit Glauben anfangen kann, nutzt auch keine kirchlichen Dienstleistungen.

Arnold: Das stimmt nicht. In den Gemeinden sind die Angebote der Kirchen entscheidend. Sie werden rege genutzt, und die Kirche entlastet damit die öffentliche Hand.

Sie stören sich an der privilegierten Position der anerkannten Landeskirchen, Herr Silberschmidt.

Silberschmidt: Ja. Keine Glaubensgemeinschaft darf privilegiert werden, ob das eine jüdische Gemeinde oder eine muslimische Gemeinschaft ist. Zudem verlieren die Landeskirchen laufend Mitglieder und damit auch an Bedeutung. Sie sollen sich auf ihre Kernaufgabe besinnen: die Verkündigung. Aufgaben, die nicht zum Kernauftrag gehören, haben nicht erste Priorität.

Herr Arnold, das Gewerbe entlasten, Steuern senken – das kommt ja fast direkt aus dem Parteiprogramm der SVP. Warum kämpfen Sie dagegen?

Arnold: Ich habe über zehn Jahre lang beim Gewerbeverband mit Unternehmern gearbeitet und gesehen, dass die Kirchensteuer für sie kein Thema ist. Dieser Beitrag für die Gemeinschaft wird von allen akzeptiert, weil sie die Leistungen der Kirchen, gerade im sozialen Bereich, sehr schätzen. Es sind andere Probleme, die das Gewerbe plagen, aber sicher nicht die Kirchensteuer.

Immerhin macht sie 4 bis 5 Prozent der gesamten Steuern einer Firma aus. Und insgesamt zahlen die Zürcher Firmen jährlich gut 100 Millionen Franken.

Arnold: Ja, aber ein Drittel der Zürcher Firmen zahlt überhaupt keine Kirchensteuer. Und in der Stadt Zürich zahlen 10 Prozent der Firmen 80 Prozent da-



Streitgespräch zwischen Andri Silberschmidt (Jungliberale) und Martin Arnold (SVP) zur Kirchensteuerinitiative. ANNIK RAMP / NZZ

von. Es sind die grossen, börsenkotierten Unternehmen, die den Hauptanteil zahlen. Und sie zahlen das gern, weil sie wissen, dass das Geld gut eingesetzt ist. Für die kleinen Unternehmen ist die Belastung gering.

Silberschmidt: So gering ist sie nicht. Auch das muss verdient werden. Und sie bleibt eine stossende Zwangsabgabe. Firmen sind gezwungen, sie zu bezahlen, während Private aus der Kirche austreten können und nicht mehr zahlen müssen. Aber am 18. Mai haben wir einmal die Chance, die Steuerbelastung für Unternehmer zu senken.

Die Rechtsungleichheit zwischen Privaten und Firmen müsste auch Sie stören, Herr Arnold, oder?

Arnold: Das ist ein Solidaritätsbeitrag der Unternehmen an den Zusammen-

«Es bringt nichts, Firmen zu entlasten, wenn die Steuerzahler mehr zahlen, damit die Angebote finanziert werden können.»

Martin Arnold
Kantonsrat SVP

halt der Gesellschaft in unserem Land. Unternehmen arbeiten nicht im luftleeren Raum, sondern profitieren auch von den Leistungen der Kirchen.

Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und generieren Wertschöpfung. Das ist ihre Solidaritätsleistung.

Arnold: Das ist richtig. Aber es bringt ja nichts, Firmen zu entlasten, wenn dafür die einfachen Steuerzahler mehr bezahlen müssen, damit die Angebote der Kirchen bezahlt werden können.

Also weniger Steuern für Unternehmen, aber mehr für die Allgemeinheit, Herr Silberschmidt?

Silberschmidt: Nein, die Kirchen können den Wegfall des Geldes kompensieren – mit Mitgliederbeiträgen, mit Spenden und Einsparungen. Sie sollen die Angebote aus eigener Kraft zahlen. Solange sie das anbieten, was die Leute wollen, werden die Mitglieder zahlen. Vielleicht finden die Kirchen so sogar wieder neue Mitglieder.

Die SVP unterstützt die Initiative, der Gewerbeverband auch. Sie schwimmen gegen den Strom, Herr Arnold.

Arnold: Ja, aber das macht ja nichts. Ich bin überzeugt, dass die Abstimmung in der Delegiertenversammlung kein Abbild der Meinungen in der Parteibasis ist. Im Kantonsrat stimmen in der SVP viele mit Nein. Und die sind in guter Ge-

sellschaft. Die Handelskammer lehnt die Initiative ja auch ab. Ich bin überzeugt, dass die Abschaffung der Steuer für Firmen zu Problemen führt.

Weshalb?

Arnold: Als Gemeindepräsident von Oberrieden befürchte ich, dass die Gemeinden einspringen müssen, wenn die Kirchen ihre sozialen Angebote nicht mehr aufrechterhalten können – vom Mittagstisch für Kinder bis zur Spitalseelsorge. Das Bedürfnis dafür ist da. Am Ende muss der Staat das übernehmen, und die Gemeinden werden zur Kasse gebeten. Davor möchte ich die Gemeinden bewahren.

Silberschmidt: Warum kommt Ihnen immer gleich der Staat in den Sinn? Die Kirchen sollen die Finanzierung der Leistungen selber regeln. Das können sie. Ich frage mich, warum die Kirchen nicht selbstbewusster sind.

Arnold: Die Kirchen sind schon selbstbewusst. Aber Ihre Argumentation zielt an der Realität vorbei. Die Initiative ist eine theoretische, orthodox liberale und realitätsferne Angelegenheit.

Was ist realitätsfern?

Arnold: Haben Sie wirklich den Eindruck, es würden sich Private finden, die plötzlich einen Besuchsdienst für alte Menschen oder Altersnachmittage organisieren? Das ist zwar wichtig, aber unattraktiv für Private. Und haben Sie das Gefühl, das Ganze werde so einfacher und billiger? Denken Sie an die vielen Freiwilligen, die gratis in der Kirche arbeiten. Professionalisierung zieht immer höhere Kosten nach sich.

Silberschmidt: Freiwillige arbeiten auch in Sportvereinen oder Jugendorganisationen. Das ist kein Argument. Schauen Sie in den Aargau, nach Basel-Stadt oder Schaffhausen. Dort funktioniert das System auch ohne Kirchensteuern.

Arnold: Und wie viel zahlt dort der Staat? Die 50 Millionen Franken, die der Kanton Zürich heute zahlt, würden jedenfalls nicht reichen. Sie schütten das Kind mit dem Bad aus. Und Sie kümmern sich nicht im Geringsten um die Konsequenzen Ihrer Forderung.

Konkret, Herr Silberschmidt, wer würde die sozialen Angebote weiterführen?

Silberschmidt: Sie reden immer von den sozialen Angeboten. Aber erstens bieten die Kirchen auch Sachen wie Social-Media- oder Leadership-Kurse an. Das ist nicht ihre Aufgabe, und das kann man ohne Schaden streichen. Und zweitens fließt längst nicht alles Geld in die Angebote. Schauen Sie einmal, wie viel Geld die Kirche für ihre Verwaltung braucht. Die Unternehmer finanzieren mit ihren Steuern zu zwei

Dritteln die Verwaltung oder Abschreibungen auf Liegenschaften. Bei einer Pfadfinderorganisation oder bei Pro Juventute ist das Geld deutlich besser investiert.

Arnold: Und Pro Juventute übernimmt dann die Gefängnisseelsorge? Das glauben Sie ja selber nicht. Und was die Verwaltungskosten betrifft: Es gäbe Ver-

«Wir wollen die Kirchen nicht abschaffen. Wir fordern eine ordnungspolitisch saubere Lösung für die Kirchensteuer.»

Andri Silberschmidt
Präsident Jungliberale Zürich

waltungsapparate, die eher schrumpfen müssten als der der Kirche.

Silberschmidt: Oder schauen Sie, wie viel die Kirche für die Gegenkampagne zu unserer Initiative ausgibt – ich vermute, dass es mehr als 100 000 Franken sind. Ist das demokratisch? Nein.

Herr Silberschmidt, überraschen Sie die heftigen Reaktionen auf die Initiative?

Silberschmidt: Nein. Aber mich überrascht, dass viele Leute aus einer oft etwas diffusen emotionalen Bindung an die Kirche heraus ihre liberalen Grundprinzipien über Bord werfen. Viele sagen: «Ihr habt ja eigentlich schon recht, aber die Kirche ist doch eine gute Institution.» Das klingt so, als ob wir die Kirchen abschaffen oder privatisieren wollten. Das wollen wir ja nicht. Aber auch die Kirchen und ihre Arbeit darf man hinterfragen.

Sie wollen den Kirchen 100 Millionen Franken streichen. Das geht ans Lebendige.

Arnold: Da sieht man eben, dass die Initiative eine Mogelpackung ist. Faktisch wollen Sie Kirche und Staat trennen. Darum geht es Ihnen eigentlich.

Silberschmidt: Wenn die Initiative angenommen wird, gibt es sicher Stimmen, die eine Trennung fordern. Ich habe Sympathien dafür. Aber viele bei uns im Komitee können mit einer Trennung nichts anfangen. Wir wollen nicht mehr als eine ordnungspolitisch saubere Lösung für die Kirchensteuer.

«Faire Kirchensteuern», wie es auf Ihrem Abstimmungsplakat heisst?

Silberschmidt: Ja, das heutige System ist unfair.

Arnold: Nein, das ist es nicht. Wir haben das Verhältnis von Kirche und Staat sauber geregelt. Und es gibt zurzeit keinen Grund, daran etwas zu ändern.

Interview: rib.

Ärzte suchen Gegenmittel

Kampf gegen die Bürokratie

Vor zweieinhalb Jahren wurde die Unzufriedenheit der Ärzte in Spitälern mittels Manifest publik gemacht. Kritisiert wurden dabei die bürokratischen Auswüchse im Medizinbereich. Nun haben sich vier zentrale Akteure auf Lösungssuche begeben.

rsr. · Nicht erst seit der Veröffentlichung eines entsprechenden Manifests ärgert sich ein grosser Teil der Ärzteschaft über die Ausmasse, welche die Bürokratie in ihrem Bereich angenommen hat. Der «Zürcher Kreis für fortschrittliches Spitalmanagement» präsentierte Ende 2011 sein Manifest «Medizin gegen Spitalbürokratie», in dem die deutliche Zunahme der Belastung durch administrative Tätigkeiten angeprangert wurde. Nun haben sich vier Direktbetroffene auf die Suche nach praktikablen Lösungen gemacht.

Im selbsternannten «Bündnis für Bürokratieabbau» vereinigen sich drei Spitäler (Limmattal, Triemli und Waid) sowie eine Krankenkasse (Sanitas). Gemeinsam wollten sie eine der administrativ aufwendigen Schnittstellen – eben jene zwischen Spital und Versicherung – auf Möglichkeiten zur Vereinfachung der Abläufe hin untersuchen.

Während der letzten zweieinhalb Jahre hätten so zunächst «die Bürokratie-Haupttreiber» identifiziert werden können, erklärt Basil Caduff, der im Bündnis als Vertreter des Limmattalspitals mitwirkt. Relativ rasch hätten sich dabei zwei Problemfelder gezeigt: Einerseits sei tatsächlich viel unnötiger administrativer Aufwand, zum Beispiel bei Kostengutsprachen für Spitaleintritte, zu finden gewesen. Andererseits habe eine eigentliche Kultur des Misstrauens zwischen den zwei Seiten geherrscht.

Sanjay Singh, der das Projekt vonseiten der Versicherung leitet, betont, dass es wichtig gewesen sei, vor dem eigentlichen Abbau von administrativen Aufgaben das gegenseitige Misstrauen abzubauen. Erst in einem nächsten Schritt sei es sinnvoll gewesen, eigentliche «Abbauprojekte» in Angriff zu nehmen. Hierbei nennt er stillschweigende Kostengutsprachen bei Spitaleintritt sowie Vereinfachungen bei der Überweisung von Patienten in eine Rehabilitationsklinik als Beispiele für konkrete Massnahmen. Zudem sei es für den gegenseitigen Austausch wichtig gewesen, dass die vier Beteiligten Ansprech- und Schlüsselpersonen definiert hätten.

Die Arbeit des Bündnisses hat Singh zur Überzeugung gelangen lassen, dass sich der bürokratische Aufwand «nicht durch kurzfristige Schnellschüsse vermindern lässt, sondern mit dem Abbau von Misstrauen beginnt». Das soll nun auch andernorts geschehen. Laut Basil Caduff wollen die drei involvierten Spitäler nun versuchen, in einer nächsten Phase mehr Krankenkassen einzubinden; dazu seien Vorgespräche im Gang. Sinnvoll wäre seiner Ansicht nach, wenn sich möglichst viele dem Bündnis anschliessen, damit alle die gleichen Schritte zur Vereinfachung der Abläufe unternehmen – und nicht jeder einen ändern. Erst wenn mehr Versicherer beteiligt sind, sollen auch zusätzliche Zürcher Spitäler angefragt werden.

Am frühen Donnerstagmorgen ist es an der Ichelstrasse im Zürcher Stadtkreis 6 zu einer Schiesserei gekommen. Wie die Stadtpolizei mitteilte, wurde dabei ein 36-jähriger Mann schwer verletzt. Der mutmassliche Täter, ein 26-jähriger Schweizer, stellte sich einige Stunden später. Gemäss bisherigen Erkenntnissen war eine verbale Auseinandersetzung so ausgeartet, dass der mutmassliche Täter mit einer Pistole auf seinen Kontrahenten schoss.

Ein Verletzter nach Schiesserei im Kreis 6

cn. · Am frühen Donnerstagmorgen ist es an der Ichelstrasse im Zürcher Stadtkreis 6 zu einer Schiesserei gekommen. Wie die Stadtpolizei mitteilte, wurde dabei ein 36-jähriger Mann schwer verletzt. Der mutmassliche Täter, ein 26-jähriger Schweizer, stellte sich einige Stunden später. Gemäss bisherigen Erkenntnissen war eine verbale Auseinandersetzung so ausgeartet, dass der mutmassliche Täter mit einer Pistole auf seinen Kontrahenten schoss.